



Die Zukunft der Arbeit

Rede von
Ministerpräsident
Johannes Rau
in der
Evangelischen Akademie
Mülheim/Ruhr
am 6. Mai 1983

I. Geht uns die Arbeit aus?

Die Frage nach der Zukunft der Arbeit scheint neben der nach der Sicherung des Friedens das bestimmende Thema zu werden für die verbleibenden Jahre unseres Jahrhunderts. Denn so gewiß es ist, daß der Friede bedroht ist, so sicher ist, daß auch die Zukunft der Arbeit bedroht ist.

Noch vor wenigen Jahren hätten die meisten von uns diese Aussage als absurd angesehen. Als Hannah Arendt, die deutsch-jüdische Philosophin, vor zwanzig Jahren ihre These begründete, der Arbeitsgesellschaft gehe die Arbeit aus (und ein Buch schrieb über sinnvolles Leben jenseits dieser Entwicklung), blieb ihre Wirkung auf Freunde der Philosophie begrenzt. Es zeigt etwas von den Grenzen unserer Politik, daß wir auch zentrale Lebensfragen erst dann stellen, wenn Gefahren drohen. Heute hingegen ist das Bewußtsein der Bedrohung allgegenwärtig. Die einst recht philosophische Frage bewegt heute, mehr oder minder deutlich, die Menschen auf der Straße: Geht unserer Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus? Die Wirtschaftspolitik spitzt sich auf das Problem Arbeit zu, weit mehr noch, als sie sich in den 70er Jahren auf das Thema Energie hin bezog. Aber nicht nur die Wirtschaftspolitik. In der Antwort auf die gesellschaftspolitischen Grundfragen, wie wir leben wollen – der zentralen neben dem Problem, wie wir überleben können –, ist der Pfeiler Arbeit unsicher geworden. Nicht nur materiell, auch vom Werteverständnis her wird der Rang von Arbeit in Frage gestellt. Auch Zeitgenossen, die die Bedeutung von Werten in unserem Leben geringer veranschlagen, als ich es tue, werden zugeben müssen, daß Wertkrisen die Menschen nicht minder in

Sorge und Unsicherheit bringen können als materielle.

Zunächst zu den materiellen Bedrohungen. 11,5 Millionen Arbeitslose in der Europäischen Gemeinschaft. In der Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich 2,5 Millionen im Jahresdurchschnitt 1983. Nach einer Schätzung des Basler Prognos-Instituts wird die Bundesrepublik 1985 3,6 Millionen Arbeitslose haben. In Wahrheit ist – so schätzen Experten der Bundesanstalt für Arbeit – diese Zahl bereits jetzt erreicht, denn die in die „stille Reserve“ gedrängten Arbeitslosen werden in den offiziellen Statistiken nicht mitgezählt, ebenso wenig wie die Opfer der sogenannten verdeckten Arbeitslosigkeit, die bei einigen Gruppen (vor allem Jugendlichen) relativ hoch liegt. 10 bis 11 Prozent Arbeitslosigkeit, in den Kern-Städten des Reviers 15 Prozent, in den strukturschwachen Regionen mehr als 20 Prozent – das sind Zahlen, die uns aufrütteln.

Vor allem aber: Die Arbeitslosenzahl wird weiter steigen – insbesondere, wenn es bei der beschäftigungspolitischen Untätigkeit bleibt, die nach unserer Überzeugung offenbar das Programm der neuen Bundesregierung ist, wenn der Bund sich weiterhin seiner beschäftigungspolitischen Verantwortung entzieht. Auch der vielberufene Aufschwung – so sehr er zu wünschen wäre, so sehr wir Sozialdemokraten bereit sind, an seiner Herbeiführung mitzuwirken – wird bzw. würde diesen Prozeß nicht aufhalten können. Selbst glühende Marktwirtschaftler halten jene jährliche Produktionssteigerung von 3,5 Prozent nicht für erreichbar, die nötig wäre, um auch nur einen Stillstand zu erreichen. Das erwarten auch nicht die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute, die uns vor

DOKUMENTE UND MEINUNGEN

2/83

Herausgeber:

Presse- und Informationsamt

der Landesregierung

Nordrhein-Westfalen

Mannesmannufer 1 a, 4000 Düsseldorf

Mai 1983

Herstellung: Kölnische Verlagsdruckerei

5000 Köln

Foto: Udo Hoffmann, Köln

427/4983

einigen Tagen noch einmal, wie ich finde, ganz kaltschnäuzig ihre Vorstellungen von einer glücklichen Wende nahegelegt haben.

Da ergab sich ein Forderungskatalog, der von der „Einschränkung von Sozialleistungen“ über Subventionskürzungen und völligen -abbau (ausgerechnet bei Werften und im Bergbau), Erweiterung der Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung – welch ein semantischer Beitrag, als ob der Krankenkassenbeitrag nicht schon Selbstbeteiligung wäre –, Abbau der staatlichen Vermögensförderung bis zu mehr Privatisierung reicht.

Natürlich wurde dabei auch davor gewarnt, Arbeitszeitverkürzung zu „erzwingen“. Kein Wort von Solidarität, kein Wort von gerechter Arbeitsverteilung. Es ging und geht wohl nur um „wachstumsfreundliche Bedingungen“, „Investitionsklima“, „Steuerabbau“ und Beseitigung der berühmten „staatlichen Hemmnisse“. Wer so verfährt, wie uns da angeraten wird, der kehrt zurück zur Ellenbogengesellschaft, ganz zu schweigen davon, daß offenbar ganze Branchen der „reinen Lehre“ zuliebe geopfert werden sollen.

3,5 Prozent Wachstum wären mindestens nötig, um auch nur einen Stillstand der Entwicklung zu erreichen. Auch wenn die sogenannte demographische Welle, also die ins Berufsleben eintretenden geburtenstarken Jahrgänge, nach 1990 abebbt, können wir nur mit einer Abschwächung der Arbeitslosigkeit rechnen.

Grund hierfür ist, daß die Arbeitsproduktivität – in bisher ungekannter Weise abgekoppelt vom Produktions- und Beschäftigungswachstum – weiter und immer schneller steigt: Die zunehmende

Anwendung neuer Technologien bildet hier einen qualitativen Sprung, der sicher nicht zu Unrecht als dritte industrielle Revolution bezeichnet worden ist. Zu nennen ist hier einerseits die Industrierobotertechnologie, die in der Bundesrepublik erst in den 70er Jahren den Durchbruch geschafft hat und sich in nächster Zukunft über die Automobilfirmen hinaus in anderen Branchen (Maschinenbau, elektrotechnische Industrie etc.) rasch ausbreiten wird. In diesen Sektoren wird die Schaffung eines Arbeitsplatzes mit dem Verlust von fünf Arbeitsplätzen bezahlt werden.

Der andere Faktor ist die vielberufene Mikroelektronik. Sie wird, vorliegenden Schätzungen zufolge, im Handel, bei Banken und Versicherungen und auch in einigen Bereichen des öffentlichen Dienstes rund 30 Prozent der Arbeitsplätze überflüssig machen.

Die Mikroelektronik zerstört übrigens auch ein langgehabtes tröstliches Bild von der Zukunft der Arbeit: Während die Produktionsstätten größtenteils automatisiert seien, werde sich die Gesellschaft von morgen vor allem mit Dienstleistungen beschäftigen, meinten die Wissenschaftler. Dies schien sich als Trend ohnehin seit langem abzuzeichnen. Aber die Mikrochips sind „Job-Killer“ gerade im Dienstleistungsbereich.

Es scheint, unserer Arbeitsgesellschaft geht wirklich die Arbeit aus. Das genannte Prognos-Institut schätzt, bis zum Jahr 2000 werde sich die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze, bei gleichbleibendem Produktionsvolumen, um 50 Prozent reduzieren. Auf eine genaue Zahl will ich mich nicht festlegen lassen.

Aber alle Prognosen weisen in die gleiche Richtung.

Bilder aus Japan legen sich uns aufs Gemüt: Bilder von Fabriken, in denen kein Arbeiter mehr zu sehen ist und die von

Geisterhand gesteuert scheinen. Die Amerikaner haben das Wort von der „jobless society“ geprägt, von der Gesellschaft ohne Arbeitsplätze.

Ist das nun unsere „schöne neue Welt“? Im positiven oder im bitteren Sinne? Eine Utopie rückt näher, die lange wahrhaft für schön gehalten wurde: Das Ende der Schinderei und Maloche, das Ende der entfremdeten Arbeit; jener glückliche Zustand, den Marx als den Zielpunkt des Industrialisierungsprozesses erhofft hat: der Mensch kann endlich aus dem Produktionsprozeß heraustreten, er verhält sich ihm gegenüber nur noch als Wächter und Regulator (und Nutznießer), während ihm selbst der Übergang vom Reich der Notwendigkeit in die Freiheit, die freie Entwicklung der Individualität möglich wird. Und ein Zustand überdies, in dem der Mensch auch insofern den Zwang der Technik aufgehoben, sich zum Herrn über die Technik gemacht haben würde, als eine solche Produktion ohne Rücksicht auf Arbeitsplatzverluste umstellbar und verlagerbar wäre. Denn wenn wir wirklich frei bestimmen sollen, wie wir leben wollen, so müßten wir auch ohne Rücksichten entscheiden können, was wir tun, was wir haben, was wir produzieren wollen.

Ganz offensichtlich wohnt solchen Gedanken heute ein objektiver Zynismus inne. Die Arbeitsplätze, auf die wir dort keine Rücksicht mehr nehmen müssen, sind jene, die zuvor schon vernichtet wurden. Aus dem philosophischen Paradies wird eher eine Schreckensvision: Menschenleere, vollautomatische Fabriken, vor denen arbeitslose Menschen um Arbeitsplätze anstehen. Und diese Vision ist ja zum Teil schon Realität, im Bayerischen Wald, in Friesland oder in anderen sogenannten strukturschwa-

chen Gebieten. Wochenpendler fahren in der Nacht zum Montag Hunderte von Kilometern weit, um an einem anderen Ort in der Woche arbeiten zu können – vorbei an frisch hingestellten Betrieben in ihren Heimatorten, die niemanden einstellen, weil sie voll automatisiert sind.

Es nimmt diesen Menschen nichts von ihren Sorgen, wenn sie, bewußt oder instinktiv, bemerken, daß noch von einer anderen Seite das bedroht wird, was ihnen mit Recht wichtig ist: ein sicherer Arbeitsplatz, ein Stückchen Teilhabe am Wohlstand, das reicht für die Ausbildung der Kinder und einen gesicherten Lebensabend – und als Voraussetzung dafür die Vollbeschäftigung in der Arbeitsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Da sind nicht nur die Unternehmer, die unter Konkurrenz- und Kostendruck immer weiter rationalisieren und die arbeitsplatzvernichtenden neuen Technologien einsetzen. Da sind auch die Wachstumskritiker. Und vor allem die tatsächlichen Grenzen des Wachstums.

Wir haben in den letzten Jahren erkennen müssen, daß die hohen Zuwachsraten – unter den bisherigen Rahmenbedingungen das einzige Instrument, die Produktivitätsentwicklung ausgleichen und Vollbeschäftigung zu garantieren – nicht mehr zu erreichen sind, ja daß sogar die (weitverbreitete) Vorstellung, hohes Wachstum sei über Jahrzehnte hinaus möglich, sowohl logisch wie ökonomisch ein Denkfehler war. Übrigens hatte diese Wachstumsabschwächung – entgegen einer beliebigen Vorstellung, und vor allem entgegen ungerechter Polemik gegen Helmut Schmidt – keineswegs den Charakter eines jähen Einbruchs, sondern bewegte sich durchaus in einem langfristigen

Trend: Prozentual sinkt das Wachstum schon seit den fünfziger Jahren. Während die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Produktion zwischen 1950 und 1960 7,2 Prozent betrug, waren es von 60 bis 70 noch 4,6 Prozent und in der Dekade von 68 bis 78 sogar nur 3,4 Prozent. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, daß ein Prozent Wachstum in den späten siebziger Jahren und heute wertmäßig wegen der Steigerung des Brutto-sozialprodukts ein Vielfaches von dem ausmacht, was die gleiche prozentuale Wachstumsrate in den fünfziger Jahren bedeutete.

Was sind die Hauptgründe für die Wachstumsabschwächung?

Ich denke, daß wir uns darüber einig sind, daß es die Verknappung der Ressourcen und die tendenzielle Sättigung vieler Märkte sind. Ich will mich damit kurz befassen und bitte gleichzeitig um Verständnis, daß ich andere wichtige Faktoren: das Ursachengefüge der weltwirtschaftlichen Rezession, die Veränderung der internationalen Arbeitsteilung, hier beiseite lasse.

Wir haben erkannt: Natürliche Rohstoffe werden knapp, vor allem die Natur als Rohstoff wird knapp.

Was die importierten Rohstoffe betrifft, so brauche ich nur an das Öl zu erinnern; aber ich füge hinzu: Es werden in absehbarer Zeit weitere Stoffe hinzukommen, und wir müssen vor allem wissen, daß wir wichtige Stoffe nach wie vor von den Entwicklungsländern zu Preisen beziehen, die jene mit Recht als ausbeuterisch empfinden und an denen wir nicht mehr lange erfolgreich festhalten können, wenn wir den hohen Exportanteil der deutschen Industriegüterproduktion auf längere Sicht halten wollen. Aber auch Wasser, Luft, Land, die Natur insgesamt bei uns sind nicht mehr

„freie“ Güter. Zu lange haben wir einen Typus von Produktion geduldet, der die Ressource Natur als billig bis kostenlos einkalkulieren durfte. Aber die Produktivität von Natur ist nicht endlos. Wenn man so will: Die Preise von Natur steigen; dies zwingt zu Anpassungen.

Ich rede bewußt so „ökonomisch“, weil ich deutlich machen will, daß sich das Problem des Umweltschutzes ökonomisch formulieren läßt. In der Tat: Wer nicht die zunehmende Verwandlung unserer Gewässer in Kloaken, die Zerstörung unserer Wälder durch sauren Regen, auch die Zerstörung unserer Gesundheit durch Schadstoffe etc. in einem so strikten Sinne für unbeachtlich hält, daß er sie nicht einmal in eine gesamtvolkswirtschaftliche Kalkulation einbezieht, muß zugeben, daß der Widerstand gegen die Lebensweltbedrohung keinen außerökonomischen oder irrationalen Störfaktor darstellt, sondern selbst ein durchaus wirtschaftlicher Faktor ist.

Zweitens: Sättigungen. Wir haben eine zunehmende Zahl von Sektoren vor allem im Konsumgüterbereich, in denen – und eben nicht nur wegen der nachlassenden Kaufkraft und wegen der hohen Sparquote – eine Expansion nicht mehr möglich ist. Das ist einer der wesentlichen Gründe, warum die oben erwähnte Kalkulation auf lang anhaltendes Wachstum nicht aufgegangen ist. Die meisten Menschen haben die meisten elektrischen Hausgeräte, sie kaufen nur noch den Ersatzbedarf – und über der Absatzkrise bei der sogenannten weißen Ware ist AEG zusammengebrochen. Wir haben es zudem mit nachlassender Kaufkraft zu tun. Auf diejenigen, die sich auch heute vieles nicht leisten können, komme ich noch zu sprechen. Darüber hinaus gibt es auch Bedarfssättigungen bei Rohstoffen, deren Förde-

rung oder Halbveredelung in Deutschland Tradition hat und arbeitsplatzintensiv ist: Kohle, Stahl.

Aber damit ist womöglich nur die Spitze eines Eisbergs bezeichnet. Das Problem reicht viel tiefer: Produzieren wir heute nicht generell bereits zuviel? Zumindest in unserem Lande gibt es ja nicht einen Mangel an materiellen Gütern. Damit will ich nicht bestreiten, daß Teile unseres Volkes heute auch im Konsumgüterbereich noch einen Nachholbedarf haben, den sie aufgrund ihres geringen Einkommens nicht zu befriedigen vermögen; auch nicht, daß dieser Teil im Zuge der Umverteilungspolitik der gegenwärtigen konservativen Regierung noch größer werden kann. Gleichwohl, als volkswirtschaftliches Gegengewicht zur Marktsättigung reichte diese Nachfrage nicht, selbst wenn sie voll mobilisiert würde.

Sättigung kann zur Krankheit werden. Deuten nicht manche Symptome eher darauf hin, daß wir schon in einer Überflußgesellschaft leben – und dies nicht im gewohnten Sinn des Luxuskonsums, sondern des buchstäblichen Vergeudens, des sinnlosen und oft unmoralischen Wegwerfens von Produkten? Die Landwirtschaft produziert mehr Nahrungsmittel, als wir verbrauchen können, selbst kunstvolle „Veredelungen“ des Kalorienbedarfs können uns nicht mehr davor bewahren, mit Milliardenaufwand Nahrung zu denaturieren oder zu verschleudern.

Und es sind ja nicht nur Wachstumskritiker, die beklagen, daß die Vermehrung von Konsumgütern nicht nur das Leben nicht lebenswerter macht, sondern im Gegenteil beginnt, Schäden anzurichten; dies läßt sich vielmehr ökonomisch beweisen, und schlimmer: es beginnt sich volkswirtschaftlich auszuwirken.

Wir subventionieren offen die Produktion von Gütern, die nicht gebraucht werden, und wir kitzeln, verdeckt durch Markteingriffe, die Erzeugung von Gütern heraus, für deren Vernichtung wir selbst wieder zahlen müssen. Oswald v. Nell-Breuning, der Nestor der katholischen Soziallehre, hat dies kraß ausgedrückt: „Um die Menschen in Arbeit (sprich Erwerb) zu bringen, müssen wir sie damit beschäftigen, immer mehr Zeug herzustellen, das wir nicht brauchen, und zehren damit die Rohstoffe auf und verschandeln mit den Abfällen die Umwelt.“

Warum tun wir das? Gestehen wir es offen ein: Wir tun es, um Arbeitsplätze zu erhalten, um unseren Lebens-Standard, auch unser soziales Netz, zu erhalten. Obwohl die Zahl der Arbeitsplätze dabei steigt, die streng genommen sinnlos sind. Ich füge sofort hinzu: Leiden-schaftlich wehre ich mich gegen jene, die uns das zum Vorwurf machen wollen, seien es grüne Wachstumskritiker, seien es lupenreine Marktideologen. Ich trage politisch Verantwortung in einem Land, in dem siebenhunderttausend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die arbeiten wollen, nach einem Arbeitsplatz Schlange stehen müssen. Da wird man mich nicht dazu bringen, daß ich sage: Macht diese Zechen, Stahlkochereien oder Betriebe eben zu – wie ich es täte, wenn sie vollautomatisiert wären.

Aber ich mache mir Sorgen. Wir sind in der Defensive. Vor kurzem noch haben – zum Beispiel – die Energieversorgungsunternehmen ihre Investitionspläne mit dem Energiebedarf begründet. Sie können das heute nicht mehr. Die Energiebedarfsprognosen mußten ständig nach unten korrigiert werden, der Verbrauch stagniert. Heute begründen sie ihren Widerstand gegen staatliche Auflagen

mit dem Arbeitsplatzargument. Sie haben recht! Aber sie sind in der Defensive. Sie werden von Ökonomie und Ökologie gleichzeitig in die Zange genommen. Wie lange kann man Arbeitsplätze erhalten, deren Unterhaltung keinen Gewinn bringt, deren Produkte nicht gebraucht werden und deren Herstellungsprozeß Umwelt schädlich ist? Im Bereich der Landwirtschaft haben ernsthafte mende Kollegen von mir in Hamburg und Stuttgart schon vorgeschlagen, lieber gleich zu Transferzahlungen an die Bauern überzugehen. Das sei sowohl ökonomisch wie ökologisch vernünftiger.

Ich weiß, der Zwang, schrumpfende Branchen zu subventionieren, um einen behutsamen Übergang zu ermöglichen, ist nicht neu. Aber neu ist der jäh abfallende beschäftigungspolitische Grenznutzen auch bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Mit jedem Jahr des Produktivitätsfortschrittes wird die Zahl der Arbeitsplätze, die für eine bestimmte Produktionsmenge benötigt werden, geringer. Das heißt, die Investitionskosten – und im Zweifel eben auch der Subventionsanteil für jeden neuen Arbeitsplatz – steigen weit überdurchschnittlich. Ich erlebe das bei unseren Bemühungen um Industriearbeitsplätze im Ruhrgebiet.

Natürlich bleibt es richtig – und natürlich bemühen wir uns mit aller Kraft –, moderne Betriebe mit Zukunftstechnologie ins Land und ins Revier zu bekommen. Ich könnte einen Abend über diese Sache, über politische, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge sprechen. Aber auch wenn wir dabei noch besser werden – wer auf die Menschen blickt, die um Arbeit anstehen, weiß, es wird nicht reichen.

Der „klassische“ personalintensive Betrieb, so fand ich es neulich unbeschwert

formuliert in einem Wirtschaftsmagazin, gehört der Vergangenheit an. Richtig, sagt jeder Eingeweihte. Aber sagt er auch: recht so? Was wird aus dem „klassischen“ deutschen Arbeitnehmer?

II. Produktivitätsfortschritt und Arbeitszeitverkürzung

Unsere Produktion verringert sich nicht. Wir erleben eine Wachstumsabschwächung, auch eine Rezession, aber keineswegs eine unnötige Kapazitätsvernichtung (obwohl das – entsprechend dem englischen Beispiel – nicht ausgeschlossen ist, wenn die konservative Bundesregierung ihre nachfrageschwächende Politik fortsetzt). Warum dann wird die Arbeit weniger? Die Antwort ist im Prinzip einfach, jeder kennt sie: Menschliche Arbeit wird zunehmend mehr durch immer intelligentere Maschinen ersetzt.

Ich verstehe den Zorn derjenigen, die den technischen Fortschritt und die Produktivitätszunahme grundsätzlich verdammten und die beides nicht nur in ihren Auswirkungen abmildern, sondern grundsätzlich aufhalten wollen. Aber ich teile ihre Schlußfolgerungen nicht. Produktivitätsfortschritt ist Gewinn, der aus verbesserter Technik herausgeholt wurde; er muß sich auszahlen für alle, für die Wirtschaft, für die Arbeitnehmer, für die soziale Sicherheit. Aber er muß da sein, um sich auszahlen zu können. Von der leicht dahergeredeten Polemik gegen Unternehmerprofite halte ich nicht viel. Unternehmer – Unternehmungen, die Wirtschaft – brauchen Gewinne; wir haben heute zu viele, die keine erzielen.

Es gibt keine Alternative zum technischen Fortschritt, es sei denn jene, die uns zum Abschied zwingt von alldem, was wir wirtschaftlich, technisch, kulturell, zivilisatorisch, aber auch für unseren sozialen Frieden erreicht haben.

Natürlich läßt sich theoretisch denken, um des Erhalts von Arbeitsplätzen willen etwa auf die Einführung der Mikroelektronik flächendeckend zu verzichten, wie das gelegentlich gefordert oder gewünscht wird. Aber eben nur in der Theorie. Ein solcher Vorschlag läßt sich nicht praktisch durchsetzen, und selbst wenn, so würde die deutsche Wirtschaft in kürzester Zeit ihre Konkurrenzfähigkeit verlieren. Einzelne können aussteigen, Völker nicht – dieses Wort meines Freundes Egon Bahr, gesprochen für einen anderen Bereich, gilt erst recht für die Weltwirtschaft. Dies also bietet keinen Ausweg: Produktivitätsfortschritt läßt sich wohl nicht gezielt aufhalten – höchstens durch Bürokratie abwürgen, wie in den Staatshandelsländern. Lassen sich aber (die heute jedenfalls) unerwünschten Auswirkungen auf die Beschäftigung neutralisieren?

Es ist uns klar: Produktivitätsfortschritt verringert die Arbeitsmenge und vernichtet dadurch Arbeitsplätze; diese Folge kann nur durch Wachstum der Produktion aufgefangen werden. So lautet die Grundregel. In den vergangenen Jahren hat man daraus die landläufige Meinung abgeleitet, das Wachstum des Sozialprodukts müsse die Produktivitätszunahme stets einholen und überholen.

Diese Auffassung aber ist nicht mehr zu halten. Das gleiche gilt für die Meinung, die Arbeitslosigkeit habe erst eingesetzt, seitdem infolge von Investitionshemmnissen, Umweltvorschriften oder ökolo-

gie-inspirierten Widerstand sogenanntes Null-Wachstum herrsche. Das war das stärkste Argument derer, die Wachstum mehr oder minder um jeden Preis fordern – und dies im Prinzip auch jetzt noch tun.

Nach meiner Überzeugung sieht die Wahrheit ganz anders aus. Eine Harmonie der Produktion mit der Produktivität (oder gar ein Überholen) hat es nur während der stürmischen Wirtschaftsentwicklung in den Nachkriegsjahren gegeben. Mit Statistiken läßt sich zweifelsfrei belegen, daß die Produktivität schon seit mehr als zwanzig Jahren erheblich stärker steigt als das Sozialprodukt. Des Rätsels Lösung, warum es gleichwohl in all den Jahren nicht zu großer Arbeitslosigkeit gekommen ist, ist einfach: Die Gesamtrechnung ging auf, weil die Gewerkschaften den Produktivitätsvorsprung durch erkämpfte Arbeitszeitverkürzung wettgemacht haben.

Die beliebte einfache Koppelung von Wachstum und Vollbeschäftigung trifft also nur einen unvollständigen Ausschnitt der Wirklichkeit. Deshalb sollten wir uns keine allzu simplen Gleichungen aufreden lassen. Kurzschlüssige Argumentationen dieser Art würden uns zu Gefangenenerleben ebenso kurzschlüssiger konservativer wirtschaftspolitischer Lehren und Mythen machen.

Arbeitszeitverkürzung, von deren Bedeutung für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ich eben gesprochen habe, tut auch und gerade heute not. Gewiß ist sie kein Patentrezept. Sie kann nicht alleiniges Element einer aktiven Beschäftigungspolitik sein. Hinzu kommen muß die Ausschöpfung aller Mittel aus Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, wie wir das in unserem Land versuchen. Gezielte Beschäftigungsprogramme

müssen überdacht werden. Technologische und Innovationsförderung ist unabdingbar.

Die Förderung kleinerer und mittlerer Betriebe muß stärker betrieben werden. Ein temporärer Ersatzarbeitsmarkt, der viel zitierte „Zweite Arbeitsmarkt“ nach Hamburger Vorbild, kann uns einen zusätzlichen Weg öffnen. Hans-Jürgen Krupp und Hans-Jochen Vogel haben ihn vor einiger Zeit vorgeschlagen. Freilich läßt sich dieser „Zweite Arbeitsmarkt“ in Staaten leichter als in Flächenstaaten organisieren. Wichtig wäre er vor allem, um gerade jungen Leuten eine Chance und Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu geben.

Ich kann hier solche konkreten wirtschaftspolitischen Strategien nicht weiter ausführen. Aber ich will doch noch anfügen, daß zur aktiven Beschäftigungspolitik auch das gehört, was wir in Nordrhein-Westfalen an beruflicher Eingliederung sozial schwacher Jugendlicher tun, und zwar in diesem Jahr mit einem Aufwand von 100 Millionen Mark.

Nein, Arbeitszeitverkürzung ist kein alleiniges Allheilmittel, aber sie ist ein unumgänglicher Prozeß, ohne den bei hohen Arbeitsplatzverlusten alle anderen beschäftigungspolitischen Bemühungen vergeblich bleiben: Hoher Produktivitätsgewinn (auf den wir ja auch gerade deshalb nicht verzichten können) muß verstärkt in Form von Arbeitszeitverkürzung weitergegeben werden. Und wir müssen den Arbeitgeber vorrechnen, daß es für sie rechnerisch letztlich gleich bleibt, ob sie diesen Gewinn eher durch Lohnerhöhungen oder durch Verkürzung der Arbeitszeit des einzelnen Arbeitnehmers weitergeben – daß also der Tabu-Katalog ihrer Verbände hier eine sinnlose und mittlerweile sozialpolitisch unerträgliche Barriere aufrichtet; und

wir müssen die Gewerkschaften in ihrem Kampf für Arbeitszeitverkürzung unterstützen.

Ich sage das vor dem Hintergrund der Erkenntnis, daß gerade in den letzten Jahren der stetige Prozeß der Arbeitszeitverkürzung, der uns – eben trotz des hohen Produktivitätsfortschritts – Vollbeschäftigung sicherte, stark erlahmt ist. Von Mitte der 70er Jahre an – ausgerechnet mit dem langsamen Ansteigen der Arbeitslosigkeit, und zu einem guten Teil gerade als Grund für sie – hat sich das Tempo der Arbeitszeitverkürzung halbiert. Noch im Zeitraum von 1973–1979 hat, so errechnete das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Nürnberger Bundesanstalt, die Verkürzung Arbeitsplätze für 824 000 Beschäftigte erhalten. Dies belegt übrigens, gleichsam von der anderen Seite der Argumentation, die hohe Beschäftigungswirksamkeit von Arbeitszeitverkürzungen.

Die Ursachen dafür, daß der Prozeß jetzt zum Halten gekommen ist, liegen wohl auf der Hand: In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit können Gewerkschaften weit weniger effektiv Arbeitszeitverkürzungen erzwingen als in Zeiten der Vollbeschäftigung. Arbeitslosigkeit lähmt so, kräftepolitisch gesprochen, das wichtigste Mittel zu ihrer Bekämpfung. Wir erkennen wohl, wie absurd es ist, daß in Zeiten der Vollbeschäftigung – rein ökonomisch gesprochen, eher schädlicherweise – Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt werden, während sie in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und zu erwartender hoher Arbeitsplatzverluste blockiert werden.

Ich warne dringend vor der Fortsetzung dieser Blockade. Sie ist unmittelbar wirtschaftlich schädlich. Denn der Prozeß, der hinter dem Druck auf Arbeitszeitver-

kürzung steht – nämlich das Geringwerden der volkswirtschaftlichen Arbeitsmenge –, ist, als Funktion der Produktivitätsentwicklung, ja überhaupt nicht aufzuhalten. Aufgehalten werden kann nur die vernünftige Lösung, den Anteil aller einzelnen an der Verringerung der gesamten Arbeitsmenge einigermaßen gleichzuhalten – und das hat die Folge, daß die einen soviel arbeiten wie zuvor und die anderen gar nicht. So wird der Arbeitsmarkt zum „closed shop“.

Für den zwangsläufigen Charakter des Prozesses will ich Ihnen zunächst ein Indiz geben: Arbeitszeitverkürzung war ja ein andauernder Prozeß seit dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftssystems in der Bundesrepublik, ja sogar seit Beginn der industriellen Epoche. Das belegen ein paar recht wissenswerte Zahlen. Die Wochenarbeitszeit der deutschen Arbeitnehmer betrug:

1825 – 82 Stunden
1850 – 68 Stunden
1875 – 65 Stunden
1900 – 60 Stunden
1913 – 57 Stunden.

In den 20er Jahren wurde die Wochenarbeitszeit auf 45 Stunden reduziert; in der Weltwirtschaftskrise sank sie bis zu 42; in der Kriegswirtschaft der Nazis stieg sie durchschnittlich noch einmal auf über 50 Stunden.

Wir begannen nach der ersten Normalisierung mit der 48-Stunden-Woche, dann sank die Arbeitszeit auf

1960 – 45 Stunden (Durchschnitt)
1970 – 42 Stunden;

heute liegen wir bei etwa 40 Stunden.

Die effektive Arbeitszeit liegt allerdings infolge der Überstunden darüber.

Die Argumente gegen eine geordnete Fortführung dieses Prozesses sind nicht

trifftig – ich habe mir die Ausführungen von Otto Esser und anderen auf unserem Forum Arbeitszeitverkürzung in Bonn im vorigen Herbst noch einmal angesehen –, dafür aber sozusagen traditionsbeladen. Ich darf einmal zitieren: „Wollen Sie (Arbeitszeitverkürzung) dem Arbeitgeber auferlegen, so ist es möglich, daß eine Anzahl Industrien das tragen können. Ob sie es auch tragen wollen, ob sie sich nicht zurückziehen, ob nicht dadurch der Arbeiter gar keine Arbeit mehr findet – das ist die Frage“. Soweit Otto v. Bismarck, der so im Januar 1885 in der Reichstagsdebatte über die „Einführung des 10stündigen Normalarbeitstages“ argumentierte.

Die logischen Zusammenhänge in dem Problem hat Friedhelm Farthmann auf dem gleichen Bonner Forum so zusammengefaßt: „Massenarbeitslosigkeit ist ja bereits Arbeitszeitverkürzung – Verringerung der Arbeitsmenge –, nur eben die ungerechteste, die sozial schädlichste, und die teuerste.“

In der Tat: auch die teuerste. Denn es ist doch ein Unding, daß unsere Gesellschaft bei 2 Millionen Arbeitslosen jährlich 50 Milliarden DM zahlt – das werden im laufenden Jahr noch erheblich mehr werden – dafür, daß nicht gearbeitet wird. Es ist nicht im Interesse des Gemeinwohls, daß wir Arbeitslose finanzieren anstatt Arbeitsplätze.

Diese Zahlen betreffen übrigens nur die direkten Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit und die staatlichen Mindererinnahmen. Schätzt man den Ausfall an Wertschöpfung durch erzwungene Untätigkeit, so kommt man zusätzlich auf weit über 200 Milliarden Mark pro Jahr bei 2 Millionen Arbeitslosen. Und noch hinzuzählen wären volkswirtschaftlich die Kosten des Verfalls an Qualifikation und allgemeiner Arbeitsfähigkeit bei längerfristig Arbeitslosen.

So nährt die Krise sich selbst, weil keine wirkliche Abhilfe geschaffen wird. Es besteht die Gefahr, daß diese Entwicklung wirtschaftlich – wie das Beispiel England lehrt – mittelfristig einen allgemeinen Schrumpfungsprozeß der Wirtschaftstätigkeit und erhebliche Kapazitätsvernichtung nach sich zieht. Und was die Einnahmeausfälle bzw. Mehraufwendungen unmittelbar des Staates betrifft, so frage ich mich ernsthaft angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen, wie lange wir uns noch leisten können, die Dinge treiben zu lassen. Es reicht nicht aus, auf den Aufschwung zu warten, denn selbst wenn er kommt, wird er das Ansteigen der Arbeitslosigkeit nicht aufhalten können; und es reicht nicht aus, nur zu kürzen und zu sparen, denn angesichts der gewaltigen Summe von 60 oder 70 Milliarden für 1983 sind auch die härtesten Kürzungsmaßnahmen zahlenmäßig belanglos – wie wir denn auch alles Kürzen, Sparen, alle Reformen der sozialen Sicherungssysteme vergessen könnten, wenn wir die Arbeitslosigkeit nicht zu finanzieren hätten.

Bundeskanzler Kohl hat im vorigen Jahr, drei Tage nach seiner Amtsübernahme, erklärt, „daß wir uns in der jetzigen Situation beispielsweise nicht weitere Arbeitszeitverkürzungen leisten können“. Er glaube nicht, daß das Glück eines Menschen in der Bundesrepublik davon abhängt, ob er jetzt 40 Stunden oder weniger arbeite. Man müsse nicht nur über die Rechte reden, sondern auch über die Pflichten. Nun, die Vorstellung, Arbeitszeitverkürzung sei ein Luxus für den einzelnen Arbeitnehmer, auf den er zu verzichten die Pflicht habe, weil wir ihn uns derzeit nicht leisten könnten – diese Vorstellung würde ich rührend finden, wenn sie nicht gerade aus dem Mund des amtierenden Bundeskanzlers käme. Was wir uns nicht leisten können,

ist die weitere Verzögerung von Arbeitszeitverkürzung und die mit dieser Verzögerung verbundene Finanzierung von Arbeitslosigkeit. Die Bundesregierung läßt hier schwere Verantwortung auf sich.

Ich will noch einen Augenblick bei der Frage stehenbleiben, ob wir uns Arbeitszeitverkürzung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung „leisten können“. Denn es gibt in weiten Teilen der Öffentlichkeit tatsächlich den Irrglauben, Kürzung der Arbeitszeit führe zu einer Vergrößerung des Bruttosozialprodukts und bringe die gesamtwirtschaftliche Rechnung ins Ungleichgewicht – etwa weil ein Teil der Arbeitskraft dem Wirtschaftskreislauf entzogen wäre, die Erwerbsbevölkerung aber staatliche Leistungen unvermindert in Anspruch nehme. Die entscheidende Bezugsgröße ist aber nicht das Sozialprodukt, sondern die Wertschöpfung, die rechnerisch gleich bleibt. Das sind verschiedene Dinge.

Der Wert eines Produktes aber ist nicht abhängig vom Maß oder gar der Zeit der investierten menschlichen Arbeit – so schwer es für uns, die wir in den Traditionen der Arbeitsgesellschaft denken, sein mag, uns an diesen Gedanken zu gewöhnen. Allgemeiner gesprochen: Es ist ein Irrglaube zu meinen, geringere Arbeitszeit bringe geringere Wertschöpfung und somit geringeren gesellschaftlichen Reichtum mit sich. Das stimmt nur, wenn Produktionsmittel bzw. Produktivität statische Größen wären. Ein plastisches Beispiel: Der eine arbeitet mit einem ungeeigneten Instrument und braucht für eine Leistung oder ein Produkt zwei Stunden. Der andere hat ein besseres Gerät und braucht dafür eine halbe Stunde. Wenn er nun eine Stunde arbeitet, so hat er seine Arbeitszeit ge-

genüber dem einen um die Hälfte verkürzt, aber das Doppelte geleistet. Warum? Er hatte die besseren Produktionsmittel und somit die höhere Produktivität. – Ich hoffe, die Gebildeten unter Ihnen nicht gelangweilt zu haben. Aber die meisten Menschen glauben wirklich, weniger Arbeit bringe pauschal weniger Leistung.

Wir kommen also nicht darum herum: Es muß eine politische Initiative in der Frage der Arbeitszeitverkürzung geben. Die SPD hat als erste und bislang noch als einzige politische Partei Arbeitszeitverkürzung zum politischen Thema gemacht. Ich erinnere an den Aufsatz, den Willy Brandt in der „ZEIT“ vom Juli des vergangenen Jahres veröffentlicht hat; an den Beschluß des Parteivorstandes vom September 1982. Ich erinnere daran, daß die SPD-Bundestagsfraktion im letzten Herbst den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes eingebracht hat. Ich erinnere an den Gesetzentwurf über Vorruhestandsregelungen des Landes Hessen. In unserem Land, in Nordrhein-Westfalen, hat eine interministerielle Arbeitsgruppe Modelle zur Lebens-, Jahres- und Wochenarbeitszeitverkürzung und zur gerechten Verteilung der Arbeit durchgerechnet. Friedhelm Farthmann hat den Bericht kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellt.

Nach dieser Rechnung haben folgende Arbeitszeitverkürzungen den größten arbeitsmarktpolitischen Effekt:

1. Die Vorruhestandsregelung nach dem sogenannten Döding-Plan. Es würde zu ungefähr 260 000 Neueinstellungen führen können. Die Kosten betrügen für die Bundesanstalt für Arbeit 9 Milliarden Mark und für die Arbeitgeber 4,5 Milliarden.

2. Die Senkung der flexiblen Altersgrenze für Altersruhegeld. Nach der Version

von Friedhelm Farthmann müßte sie gültig sein ab 58 Jahren. Es gäbe Zuschläge für „Ausfallzeit“ bis zur regulären Altersgrenze. Das ergäbe ca. 235 000 Neueinstellungsmöglichkeiten. Die Kosten für die Rentenversicherung lägen bei 5,8 Milliarden Mark.

3. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden. Gerechnet wird da mit einer Wiederbesetzung im Verhältnis 3:1. Das würde zu rund 1 Million Neueinstellungen führen. Die Kostenfrage wäre strittig und müßte unter den Tarifpartnern geregelt werden.

4. Durch ein Arbeitszeitgesetz könnten Maßnahmen zum Abbau der Überstunden getroffen werden. Dabei ist wichtig, zu wissen, daß beispielsweise die Überstunden des Jahres 1979 insgesamt 1,3 Millionen Arbeitsplätzen entsprachen hätten!

5. Durch Teilzeitprogramme und Beurlaubungen ohne Bezüge könnten viele tausend Arbeitsplätze vorübergehend durch jetzt Arbeitslose besetzt werden.

Es gibt weitere Diskussionsmodelle. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einen Vorschlag lenken, den Professor Fritz Scharpf vor zwei Monaten für den Bonner Parteivorstand der SPD erarbeitet hat. Dieser Vorschlag bedarf meiner Ansicht nach großer Aufmerksamkeit und genauer Prüfung.

Scharpf zielt auf die 35- bzw. 36-Stunden-Woche, sicher das Kerngebiet jeder Bemühung um Arbeitszeitverkürzung, vor allem, wenn man an die beschäftigungspolitischen Auswirkungen denkt. Scharpf hält einen größeren Verkürzungsschritt – mindestens 10 Prozent der gegenwärtigen Arbeitszeit – für notwendig, weil eine geringfügige Verkürzung leicht im Rahmen der bisherigen Arbeitszeitorganisation durch Rationali-

sierungsmaßnahmen aufgefangen werden könnte und weil nur mit einem größeren Schritt eine neue, beschäftigungssteigernde Arbeitsorganisation (z. B. 4-Tage-Arbeitswoche bei 6-Tage-Betrieb, Übergang zum Zweischicht-System etc.) möglich wäre. Ein solcher größerer Schritt nun ist, schlicht gesagt, entsprechend teuer; und hier setzt Scharpf's neuartiger Vorschlag an. Er schlägt ein Angebot des Staates vor, bei einer tariflich vereinbarten Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 36 oder weniger Wochenstunden einen (zeitlich befristeten) finanziellen Beitrag des Staates zur Deckung von Kosten von Neueinstellungen zu leisten.

Dieser Gedanke entstand, als Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin und des Parteivorstandes gesamtfiskalisches berechneten, wie enorm teurer Arbeitslosigkeit ist. Bei einem anderen Modell, nämlich dem sogenannten Zweiten Arbeitsmarkt, stellten sie fest, daß sich staatliche Arbeitsbeschaffung zu 70 Prozent (unter Hinzurechnung von Anstoßungseffekten sogar zu 100 Prozent) selbst finanziere, wenn man ihr die staatlichen Verluste durch Mehrausgaben in Nürnberg und die Mindereinnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen bei Arbeitslosigkeit gegenüberstelle. Selbst wenn man nur die reinen Transferzahlungen nach Nürnberg ins Auge faßt, so gilt: Die Hälfte der durchschnittlichen Lohnkosten eines Arbeitnehmers entspricht etwa den durchschnittlichen Aufwendungen für einen Arbeitslosen. So teuer ist Arbeitslosigkeit! Und so viel Geld spart der Staat, wenn er einen Arbeitslosen erfolgreich von der Straße bringt.

Die Finanzierung einer staatlichen Hilfe bei den Neueinstellungen im Rahmen eines größeren Schritts der Wochenarbeitszeitverkürzung wäre also mehr als

gesichert. Im einzelnen schlägt Scharpf eine Wochenarbeitszeitverkürzung auf 36 Wochenstunden vor, wobei die Kosten des Einnahmeausfalls von Arbeitnehmern und Arbeitgebern je zur Hälfte getragen werden. Derjenige Arbeitgeber aber, der das so frei gewordene Arbeitsvolumen durch Neueinstellungen ersetzt, soll einen 50%igen Lohnkostenschuß für die entsprechenden Neueinstellungen erhalten. Dies soll für drei oder vier Jahre gewährt und dann schrittweise abgebaut werden.

Die beiden Hauptvorteile dieses speziellen Verfahrens faßt Scharpf so zusammen: Erstens werde die Verantwortung der Tarifparteien nicht verdrängt, sondern gestärkt. Es hänge von ihnen ab, in welchen Branchen und in welchen Bereichen es überhaupt zu tariflichen Regelungen dieser Art kommen würde.

Und zweitens: Auch wenn solche Verträge abgeschlossen würden, wäre der einzelne Arbeitgeber nicht zu Neueinstellungen verpflichtet, was ohnehin kaum durchsetzbar wäre. Stattdessen würde ein ökonomischer Anreiz zur Mehrbeschäftigung geboten: Nur bei kooperativem Verhalten würden die Kosten pro Arbeitsstunde für den Arbeitgeber gleich bleiben, andernfalls de facto bis zu 5,5 Prozent ansteigen.

Und endlich könnten die Rationalisierungsverluste der Wochenarbeitszeitverkürzung durch angestoßenen Produktivitätsgewinn – den die meisten auf über 50 Prozent, Friedhelm Farthmann sogar auf 66 Prozent des Volumens schätzt – erheblich zurückgedrängt werden, denn es bestünde für die Arbeitgeber ein weit aus geringerer Anreiz – kurzfristig sogar gar keiner –, aus der Arbeitsorganisation mehr „herauszuholen“.

Dies erscheint mir ein überaus nachdenkenswertes Vorschlag. Ich kann ihn hier nicht weiter ausführen, ich möchte nur

klarmachen: Es gibt seriöse Diskussionsvorschläge. Die Stunde für Kritik und Modifizierung ist da. Nur eins darf nicht sein: Wir dürfen nicht zur Tagesordnung übergehen. Wir dürfen die Zukunft der Arbeit nicht untätig der Zukunft überlassen.

III. Hat die Arbeit Zukunft?

Ich fragte eingangs: Geht uns die Arbeit aus?

Und die Frage war, nach allem, was wir wissen und vorhersagen können, eindeutig zu bejahen. Technologischer Fortschritt und Grenzen des Wachstums verringern gemeinsam die vorhandene Arbeitsmenge. Und auch die Verkürzung der Arbeitszeit ist bzw. kann ein Gegenmittel gegen die Arbeitslosigkeit in ihrer bestehenden Form sein, aber bezogen auf die vorhandene Menge der Arbeit ist sie doch nichts weiter als eine gerechtere Verteilung eines immer spürbaren Mangels.

Wohin aber führt diese Entwicklung?

Und vor allem: Was wird aus den Menschen, die arbeiten wollen und die gewohnt sind zu arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen? Nähern wir uns dem Paradies der ewigen Freizeit? Oder nicht eher jener pathologischen Gesellschaft, die der Philosoph Adam Smith im letzten Bericht des Club of Rome beschreibt, in der die Menschen krank sind, weil sie nichts zu tun haben?

Haben jene Konservativen recht, die hinter vorgehaltener Hand verbreiten, mehr Freizeit führe nur zu mehr Bier und mehr Fernsehen? Lehrt uns nicht jetzt schon das Schicksal der Arbeitslosen Schlimmes: Ihre Unsicherheit, ihre Depression, ihr sozialer und Persönlicher

keitsverfall? Bedenken wir genügend, daß Arbeit nicht nur materielle Sicherheit, sondern auch Status und auch Identität bedeutet?

Geht uns die Arbeit aus?

Ich antworte: Nein.

Sehen wir uns um: Gibt es nicht genug zu tun? Gibt es nicht so vieles, das uns Roboter und Mikrochips nicht abnehmen können, oder von dem wir uns sinnvollerweise nicht wünschen wollen, daß sie es uns abnehmen? Zum Beispiel Zeit, Aufwendung, Zuwendung zur Familie, zu unseren Nächsten. Für die Erziehung unserer Kinder. Für bessere Integration der alten Menschen in unserer Gesellschaft. Für die Pflege der Kranken. Für besseres und gerechteres Zusammenleben der Menschen. Für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau. Für mehr Demokratie. Für Kultur, für Bildung. Für das, was die Klassiker – auch die sozialistischen Klassiker – die Ausbildung unserer Persönlichkeit nennen. Gibt es da nicht noch viel zu tun? Für all das ist Zeit und Arbeit notwendig.

Ich zitiere Willy Brandt, der hier noch einen Schritt weitergeht: „Und dies kann zugleich ganz neue Reserven sozialer Leistungsbereitschaft steigern. Soziale Dienstleistungen wie Kindererziehung, Altenpflege und Krankenbetreuung könnten in einem ins Gewicht fallenden Umfang in die kleinen Netze der Familie, des Freundeskreises und der Nachbarschaft zurückverlagert werden.“

Man wird mir jetzt entgegenhalten: Das sei aber in aller Regel nicht Arbeit. Nur: Was ist das überhaupt, Arbeit?

Der Büroangestellte, der nach Dienstschluß mit Halbwüchsigen in Jugendheimen Sport trainiert, übt eine Freizeitbeschäftigung aus. Tut ein Sportlehrer das

gleiche, ist es Arbeit. Für die Frau, die in einem Haushalt oder in einer Gemeindevereinrichtung angestellt ist, gilt das Putzen oder Kochen als Arbeit. Rackert sie sich für ihre eigene Familie ab, so zählt das nicht als Arbeit – allenfalls als Hausarbeit, und das ist etwas anderes. Die Familienmitglieder, die einmal am Tag für eine entfernte Verwandte kochen oder die an einer Laienspielgruppe mitwirken, tun dies in ihrer Freizeit. Sozial- und Altenpfleger der Gemeinde oder aber angestellte Schauspieler mögen das gleiche machen, für sie ist es Arbeit.

Genau genommen nur Erwerbsarbeit. Arbeit im strengen Sinne ist in unserer Gesellschaft Tätigkeit, für die man bezahlt wird – weil man damit seinen Lebensunterhalt verdient, verdienen muß. Und es ist ja nicht so, daß keiner das müßte!

Damit sind wir wieder beim gleichen, weitverbreiteten Einwand: Es sei ja recht schön, wenn mehr Menschen sich mehr mit solchen sinnvollen Nebentätigkeiten beschäftigen, aber wenn die Erwerbsarbeit – die eigentliche Arbeit – immer weniger werde, wo komme denn dann eigentlich das Geld her? Die Antwort lautet erneut: Das Volkseinkommen einer Gesellschaft, die immer mehr Arbeitstätigkeit durch Maschinen erbringen läßt, wird nicht geringer. Aber sie wird menschlich reicher, wenn ihre Angehörigen sinnvollere Tätigkeiten ausüben können und sich mehr um Dinge kümmern, die Maschinen nicht erledigen können und sollen. Es gibt ja auch Bereiche, in denen wir die Entwicklung zurückdrehen wollen: Die erwerbsmäßige Routinehaftigkeit, ja Mechanisierung unserer Krankenpflege kann wieder zu mehr menschlicher Nähe zurückgebracht werden. Aber das Volkseinkommen insgesamt wird anders erwor-

ben werden (nämlich mit einem geringeren Anteil menschlicher Arbeit an ihm) und kann anders verteilt werden. Es gibt ja schon längst Entwicklungen in diese Richtung. Ich gebe Ihnen ein denkbar unverdächtigtes Beispiel: das von der Union geforderte Familien- oder Erziehungsgeld. Viele haben ja aus guten Gründen dagegen Bedenken, weil es nämlich in der noch bestehenden Berufungs- und Erwerbsgesellschaft die Rollenverteilung zwischen dem beruflich tätigen Ehemann und der Hausfrau zementiert. Aber es wäre ein Beispiel für die Nivellierung des scharfen Gefälles zwischen Erwerbs- und anderer Arbeit gerade auch im Blick auf das Einkommen.

Aber es geht gar nicht im Kern um die Frage des Einkommens und der materiellen Entlohnung. Wir stehen vor der Aufgabe, behutsam und schrittweise ein neues Verständnis und vor allem auch ein neues Werteverständnis von Arbeit zu entwickeln.

Der traditionelle Begriff der Arbeit muß überführt werden in ein Verständnis sinnvoller Tätigkeit, das nicht mehr die bisherige scharfe Trennung zwischen Arbeit und Freizeit kennt. „Was nach der Arbeitsgesellschaft kommt, hat noch keinen Namen; man mag hoffen, daß es eine Tätigkeitsgesellschaft wird. Die Lösung verlangt vor allem die Verbindung von Verpflichtung und Selbständigkeit, sozialer Aufgabe und individueller Flexibilität. Arbeit und Nichtarbeit, sowohl während des Arbeitslebens als auch nach der Pensionierung, werden stärker miteinander verzahnt, indem Nichtarbeit von vornehmeren als Tätigkeit verstanden und Arbeit zunehmend in sie verwandelt wird.“ So 1978 Ralf Dahrendorf – nicht eben immer mein Kronzeuge, aber zweifellos ein helllichtiger Mann.

ben der Beschaulichkeit verstanden wird, sondern als kreatives Tätigsein im Sinne von Hilfe und Mitmenschlichkeit.

Wir stehen übrigens heute schon mitten in diesem Wertewandel, und vieles, was wir mit Unverständnis betrachten, ist ein Zeichen desselben. Den Zusammenhang gegenwärtiger Strömungen mit dem historischen Wertewandel hat im vorigen Jahr die Enquête-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ – übrigens von allen Bonner Parteien zustimmend zur Kenntnis genommen – treffend dargestellt:

● „Wie nie zuvor in der Geschichte wurden in der Industriegesellschaft Mensch und Gesellschaft von der Arbeit und der ökonomischen Leistung her definiert. Arbeit und Erwerb wurden zum wichtigsten Mittel gesellschaftlichen Erfolges und eines sinnerfüllten Lebens. Die – auch gegenüber vorindustriellen Epochen – verlängerte Arbeitszeit und erheblich gesteigerte Arbeitsintensität, die erhöhten Mobilitätsanforderungen und die damit zusammenhängende Zerstörung traditioneller Lebensbezüge machten das Leben für die meisten Menschen weitgehend zum Arbeitsleben. Entsprechend war Erziehung vor allem Erziehung zur Arbeit; Tugenden wie Fleiß, Sparsamkeit, Disziplin hatten Vorrang.“

● „Mit der Weiterentwicklung der Industriegesellschaft zur Gesellschaft des Massenkonsums entstand die Aufspaltung des Lebens in Arbeits- und Freizeit und eine Aufspaltung der Moral in eine asketische Arbeitsmoral und eine hedonistische (ich darf übersetzen: genussorientierte) Konsummoral. Die Klammer zwischen den beiden Moralhaltungen besteht vor allem im Ökonismus, in der Auffassung nämlich, daß allein das ökonomisch verwertbare Leben zählt.“

Um die Analyse des tiefgreifenden Wertewandels im Verständnis von Arbeit, der sich aus dieser Neudefinition ergibt bzw. sie begleiten muß, hat sich – aufbauend auf Hannah Arendt, Adam Schaff unter anderen – besonders die Evangelische Kirche bemüht; und ich möchte ihr, gerade auch im Namen der Sozialdemokratie, hierfür meinen Respekt bekunden. Dies gilt insbesondere für die große Studie „Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen“ der EKD.

Ich habe diesen Arbeiten vor allem folgendes entnommen: Dem Arbeitsverständnis in biblischer Tradition ist im Grunde jene Arbeitsreligion fremd, die sich auf dem Boden des Protestantismus entwickelt hat, eine Arbeitsreligion, in der die individuelle Arbeitsleistung, die Qualität und der Erfolg der Arbeit zum alleinigen Lebenszweck erklärt werden. Zu einer neuen Versöhnung von Arbeit und Leben kann eine Relativierung des ökonomisierten Arbeitsbegriffs als eines wichtigen, aber eben nur eines Teils des tätigen Lebens führen, das selbst mehr ist und mehr umfaßt als die Erweiterung der Verbrauchsproduktionen.

Im eigentlich philosophischen Gelände hat schon Hannah Arendt an Vorstellungen von einem „guten Leben“ außerhalb der Arbeit – *vita contemplativa* – angeknüpft, wie sie in der griechischen und römischen Antike und im Mittelalter vorherrschten. Erst mit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und in der sich herausbildenden politischen Ökonomie (insbesondere bei Adam Smith und, im religiösen Bereich, im Calvinismus) hat sich ja die zentrale Stellung der Arbeit im heutigen Sinne – *„vita activa“* – herausgebildet und in den Vordergrund geschoben. Mir liegt nur daran, daß „*vita contemplativa*“ nicht als Le-

● „Viele Menschen, die unter Bedingungen arbeiten müssen, die wenig oder kaum Raum für Selbstständigkeit, Selbstverantwortung, Phantasie und Kreativität lassen, und dies ist heute die Mehrzahl, betrachten die Arbeitszeit als ‚verlorene Zeit‘ und suchen in der Freizeit das eigentliche Leben. Umfragen zeigen, daß heute die Freizeit und die sich in ihr bietenden Möglichkeiten, trotz wachsender Probleme bei der Sicherung der Arbeitsplätze, vor der Arbeit als Ort der Wertverwirklichung und Persönlichkeitsbildung rangieren. Damit geht einher, daß auf die Freizeit bezogene Wertvorstellungen die auf die Arbeit bezogenen als Leitwerte der Gesellschaft abzulösen beginnen. Diese Entwicklung dürfte sich fortsetzen, wenn die sich abzeichnenden großen Rationalisierungsschübe zu weiteren Arbeitszeitverkürzungen führen.“

Soweit die Kommission.

Ich halte das für richtig.

Die faktischen Angaben über den Wertewandel bezüglich des Begriffs Arbeit in unserer Gesellschaft werden übrigens durch viele Untersuchungen gestützt, unter anderem durch jene, die die Grundwertekommission der SPD in ihrem Diskussionspapier zum Wandel gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens vom vorigen Jahr analysiert hat. Dieser Umfrage zufolge ist die Zahl der Berufstätigen, denen die arbeitsfreien Stunden in ihrem Leben die liebsten sind, in den Jahren von 1962–1976 von 29 auf 46 Prozent gestiegen, bei den jungen Arbeitnehmern sogar um fast zwei Drittel. Demgegenüber bevorzugten nur 2–4 Prozent die Arbeitszeit gegenüber der Freizeit.

Ich bin jetzt allerdings dafür, daß wir uns in einem Punkt nichts vormachen:

Die tatsächliche Schwerpunktverschiebung innerhalb dessen, was Arbeit heißt, und der damit verbundene Wertewandel werden nicht konfliktlos über die Bühne gehen, nicht ohne Ängste, Verständnislosigkeit und Aggressivität. Die Polemik gegen die sogenannten Aussteiger, die ja nun weit genug verbreitet ist in unserer Gesellschaft, ist da womöglich nur die Spitze des Eisberges. Was von jungen Menschen da vor- und vielleicht vorausgelegt wird, stößt auf Ablehnung bei konservativen Menschen, denen Fleiß, Sparsamkeit hohe Werte sind, die sie nun einmal auf das Erwerbsleben beziehen, in dem sie selber stehen.

Es reicht da nicht aus, Sekundärgutenden zu rufen und abzuwinken; man muß sich die Mühe machen, klarzumachen, daß auch in einer anderen Arbeitsgesellschaft Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit gebraucht werden, wenn vielleicht auch in einem anderen Sinne. Es stößt weiter auf Ablehnung bei denen, die eine hohe Arbeitsmoral und – wie man das heutzutage so nennt – Motivation haben.

Gerade gegenwärtig finden ja die Tugenden der Tendenzwende, des „Mutes zur Erziehung“ besonders viel Zustimmung in unserem Volk, ebenso wie die geflüsterte Parole, in dieser Gesellschaft arbeiteten immer weniger Menschen immer mehr. Man muß sich dann schon die Mühe machen klarzumachen, daß für eine lebenswertere Gesellschaft nicht nur weiße Turnschuhe, sondern auch eine mindestens genauso hohe Arbeitsmoral kennzeichnend sein können, wenn gleich vielleicht bezogen auf andere Ziele.

Vor allem aber – und ich bitte, das sehr ernst zu nehmen –: Diese Dinge stoßen auf Unverständnis und auf Ablehnung

bei Menschen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten oder ihn schon verloren haben. Demjenigen, der die Werksschließung fürchtet, und seiner Frau, die trotz dreier Kinder als Verkäuferin arbeitet, im dritten Jahr des Reallohnverzichts, bei gestrichenem Schüler-BAFöG für die Ausbildung: denen werden wir nicht sagen können, es gebe da jetzt einen Wertewandel im Begriff der Arbeit und die Zukunft sei auf der Seite derjenigen, die sie bisher für Aussteiger hielten. Sie werden uns das um die Ohren hauen.

Es gibt sehr wohl die Gefahr, daß die SPD zwischen zwei Fronten in die Klemme gerät: Zwischen der erbarmungslosen Politik der Konservativen, die Massenarbeitslosigkeit als Dauerphänomen hinnehmen und lieber die Ängste und die egoistischen Instinkte der „Arbeitsbesitzer“ mobilisieren, und andererseits der Resignation jener Arbeitnehmer, die ihre Partei – die Partei der Arbeiter und der Arbeit – für ohnmächtig halten oder sich gar von ihr verkauft fühlen. Auch hierin müssen uns die politischen Verhältnisse in England eine Warnung sein. Dort ist das politische Erfolgsrezept der deutschen Sozialdemokraten, das Bündnis zwischen den Arbeitern und den progressiven Mittelschichten, voll auseinandergebrochen. Hier bedarf es unserer Fähigkeit, Mut zu geben und die Entwicklung zu formen. Wir dürfen die Dinge nicht treiben lassen. Wir dürfen nicht defensiv bleiben. Lassen Sie mich zusammenfassen:

● Wir müssen eine aktive Arbeitszeitverkürzung betreiben, die weder den Unternehmen noch den Arbeitnehmern einseitig Lasten aufbürdet, denn eine Verarmung der klassischen Arbeitnehmerschichten bei viel Freizeitgewinn macht weder volkswirtschaftlich noch sozialstaatlich Sinn.

● Die Finanzierung von Arbeitszeitverkürzung sollte von den Tarifvertragspartnern eigenverantwortlich ausgehandelt werden. Dabei sind staatliche Überbrückungshilfen in die Überlegungen einzubeziehen.

● Wir können auf Zukunftsinvestitionen nicht verzichten, weder im Blick auf unsere Beschäftigungspolitik noch im Blick auf die an uns gestellten Forderungen, zum Ausgleich für eine gerechtere Wirtschafts- und Sozialpolitik in der ganzen Welt beizutragen.

● Wir müssen offensiv für eine aktive Beschäftigungspolitik eintreten. Dabei dürfen Beschäftigungsprogramme, Struktur- und Mittelstandsförderung, Zweiter Arbeitsmarkt für Problemgruppen kein Tabu sein.

● Wir brauchen qualitatives Wachstum, in personalintensiven, energiesparenden, umweltfreundlichen Betrieben und Industrien. Unsere gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung muß erhalten und gesteigert werden.

● Schließlich: Wir brauchen Ideen, Modelle, Versuche für die Gestaltung einer immer größer werdenden Freizeit. Wenn wir von Wandel sprechen, dann dürfen wir das in Zukunft nicht nur auf Arbeit, sondern auch auf Freizeit beziehen. Freizeit, das ist nicht die Zeit zu mehr Bier, zu mehr Fernsehen, zu mehr Vergnügen oder zu mehr Zeit-totschlagen, sondern es ist auch Zeit für den Nächsten, der uns nicht mehr der Ferne bleiben oder werden soll, Zeit für eine soziale Rolle in unserer Gesellschaft, Zeit für Weiterbildung, und zwar in Politik, Technik und Kultur, Zeit zur Entlastung der sozialen Dienste.

● Das Engagement einzelner ist das Fundament einer intakten Gesellschaft. Und Engagement, das ist mehr als „So-

zialarbeit“, mehr als „Kulturarbeit“, das macht aus Freizeit ein Stück mehr Freiheit.

Wenn wir all dies gleichzeitig schaffen, dann kann es gelingen, daß die Menschen in ihrer Mehrzahl ihre Verunsicherung und ihre Neigung zu den rückwärts gerichteten Illusionen überwinden und auch durch schwierige Prozesse hindurch mit uns die Gewißheit haben: Die

Arbeit des Menschen hat Zukunft. Und: Wir werden materiell nicht ärmer, aber menschlich reicher sein.

Die Zukunft der Arbeit – das ist auch die Bewältigung ihrer Vergangenheit, ob als Fetisch oder als Leistungsreligion. Auch in der Zeit vor uns bleibt Arbeit eine wesentliche Dimension des Menschen, aber sie wird ihn, wie wir hoffen, mehr zum Mitmenschen machen.